

Ihre heutige Entscheidung über einen Nahost-Einsatz der Bundeswehr vermag. Grund: Wider Erwarten ist der Libanon gestern keine konkrete Unterstützung angeordnet. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, es dürfe ein „nicht kalkulierbares Risiko“ geben. Laut Berichten soll das Mandat bis zu 3000 Soldaten auf Schiffen und Flugzeugen umfassen. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) mahnte vor der anstehenden Entscheidung über einen Nahost-Einsatz: „Wir gehen dadurch noch stärker in das Blickfeld der entsprechenden Fundamentalisten.“ Inzwischen wächst in der CDU der Widerstand: „Die Zustimmung der Mehrheit der CDU-Landesgruppe ist nicht sicher!“, sagte der Abgeordnete Stephan Mayer. Heute reist ein Münchner Kollege Peter Gauweiler nach Israel, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Die taz sprach mit ihm:

Die israelische Regierung hat Deutschland ausdrücklich um einen Bundeswehr-Einsatz gebeten. Trifft nicht allein die historische Verantwortung Deutschlands dafür?

Peter Gauweiler: Verantwortung trägt nicht, jemandem nach dem Mund zu reden, sondern sie gegenüber allen zu tragen: Die wichtigste Anstrengung für das mit uns befreundete Israel liegt nicht auf militärischer Ebene. Vielmehr geht es darum, sein politisches Umfeld positiv zu beeinflussen. Dazu braucht die Politik Mut und Fantasie.

Sie werden also am Freitag im Bundestag mit Nein stimmen? Noch fehlen zu viele Informa-

Bundeswehr in den Libanon: Marschbefehl spaltet die CSU



Wann dürfen und wann sollen deutsche Marine-Soldaten vor der Küste des Libanon schießen? Noch immer ist der Einsatz unklar Foto: dpa

tionen für eine endgültige Antwort: die Einsatzbedingungen, die genauen militärischen Anforderungen. Bekanntlich steckt der Teufel im Detail. Ich erlebe zurzeit viele sorgenvolle Nachfragen von Kollegen in der Fraktion. Eine endgültige Antwort kann ich jetzt noch nicht geben. Zum Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan jedenfalls hatte ich nicht zugestimmt.

Welche Magenschmerzen haben Sie bei der Entsendung der Bundeswehr nach Nahost?

Der Einsatz ist von hohem Risiko für die UN-Truppe, also auch für die Bundeswehr. Dazu kommt, dass alle ausländischen Militär-Einsätze der letzten 25



Interview mit Peter Gauweiler Münchener Bundestags-Abgeordneter (CSU)

Jahre im Libanon – von den USA, Israels oder Syriens – sind gescheitert sind.

Glauben Sie, dass es im Bundestag eine Mehrheit gegen den Militär-Einsatz geben kann?

Nein. Es spricht sehr viel gegen den Einsatz, aber wir werden wohl nicht darum herumkommen. Das hat nicht nur rationale Hintergründe. Der internationale Druck kommt dazu. Ich glaube auch

nicht, dass es gut wäre, wenn Deutschland eine Sonderrolle in der Verweigerung spielen würde.

Wie groß ist der Druck auf die Koalitions-Abgeordneten, dass sie den Plänen der Bundesregierung zu einem Militär-Einsatz zustimmen?

Druck wird natürlich bei jeder Abstimmung versucht, nicht nur bei dieser. Es ist Sache des Abgeordneten, solchen Versuchen die Grundlage zu entziehen.

Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass Deutschland mit einem Militär-Engagement in Nahost zur Zielscheibe von Terroristen wird?

Die Gefahr liegt auf der Hand. Aber dies zu beklagen allein genügt nicht. Der bevorstehende fünfte Jahrestag der Anschläge von New York am 11. September sollte Anlass sein, die bisherige Strategie des Westens, den so genannten „Krieg gegen den Terror“ endlich auf den Prüfstand zu stellen. Der Westen muss sich eingestehen, dass diese von Afghanistan bis zum Irak total, auf das Peinlichste und qualvoll gescheitert ist.

INTERVIEW: W. SCHNEEWEIß